EVAL
Ehrfurcht Vor Allem Leben
www.evalww.com

EVAL-INFO-SYSTEM (EIS)
Das Informations-System der Zukunft: Systematisch Richtung Wahrheit

Kommentar von EVAL: Eine lange, tiefgründige Analyse unserer Weltlage Anfang 2024

WAS WURDE AUS DER GLOBALISIERUNG? Von der Kooperation zur Konfrontation

Dr. Wendelin Ettmayer, ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland/Estland: Kanada/Jamaika; beim Europarat; Abgeordneter zum Nationalrat; Autor;
www.wendelinettmayer.at

Als 1989 die “Berliner Mauer“ fiel, begann eine neue Epoche der internationalen Beziehungen. Der „Kalte Krieg“ wurde beendet, im Rahmen einer neuen Globalisierung kam es zu einer massiven Intensivierung der weltweiten Kontakte in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, Technik und Kommunikation. **Es entstand eine globale Informationsgesellschaft. Viele hofften, die Menschheit würden in Zukunft ihr Schicksal gemeinsam bewältigen.**
Diese neue Entwicklung war häufig mit viel Optimismus verbunden. Francis Fukuyama sprach vom „Ende der Geschichte“, aber nicht nur er glaubte, dass sich nunmehr die westlichen Werte von Demokratie und Marktwirtschaft endgültig durchgesetzt hätten. **Diese neue Entwicklung ging ganz entscheidend auf die Politik des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zurück, die Wirtschaft zu privatisieren und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu deregulieren. Das sollte natürlich aus Reagans Sicht unter amerikanischer Vorherrschaft geschehen.**
Auch andere Länder haben von dieser Entwicklung profitiert. Der Anteil Chinas am Welthandel betrug 1985 lediglich 1,2 %; bis 2014 war er auf 12,3 % gestiegen. In absoluten Zahlen erhöhten sich die Exporte Chinas von $ 18 Milliarden im Jahr 1980 auf 2200 Milliarden nur 33 Jahre später. Der Optimismus betraf die wirtschaftliche Entwicklung genauso wie die politische. Die amerikanischen Konsumenten könnten, so die herrschende Meinung, mit billigen Produkten aus China ihren Lebensstandard steigern. In China selbst könnten dadurch Millionen von Menschen die Armut überwinden. Die Globalisierung stärkte in vielen

Bereichen die Tendenz zu einer globalen Vereinheitlichung. Die technische Entwicklung sollte die Menschen weltweit immer enger zusammenführen. Vielen Menschen brachte die Globalisierung neue Chancen (1).
Eine Generation später muss man feststellen, dass die internationalen Beziehungen von Kriegen und Wirtschaftskriegen geprägt sind; **von einem Kampf um die weltweite Vorherrschaft zwischen China und den USA; dass fundamentale Fragen wie Klimawandel oder die Migration vielleicht nicht einmal in Ansätzen gelöst sind.** Wie ist es dazu gekommen?

1. Die Haltungsänderung der Amerikaner

Obwohl es immer Kritik an der Globalisierung gegeben hat, so wurde diese im Präsidentschaftswahlkampf 2016 besonders deutlich und führte schließlich zur Wahl von Donald Trump. Aber auch ein Bewerber aus den Reihen der Demokraten, Bernie Sanders, äußerte sich äußerst kritisch über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Diese wird, so Sanders, von einer Elite geführt, die sich nicht um das Schicksal der Menschen kümmert. Das Ergebnis: die 62 reichsten Menschen auf unserem Planeten besitzen so viel wie die untere Hälfte der Menschheit, also 3,6 Milliarden Menschen zusammen. Dem reichsten ein Prozent gehört so viel wie den restlichen 99 %. „Die einen leben in unvorstellbarem Reichtum, während Milliarden von Menschen Armut und Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind und sich weder Wohnung, eine Ausbildung noch reines Trinkwasser leisten können“. (2)

Mochten diese Zahlen, was die Entwicklung der Welt betraf, noch etwas abstrakt klingen, so wurden die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf den amerikanischen Mittelstand immer deutlicher: Die niedrigen Löhne in China führten dazu, dass zahlreiche Betriebe ausgelagert wurden, dass die Löhne der amerikanischen Arbeiter stagnierten, während die Rohstoffpreise, wegen der starken Nachfrage aus China, erheblich anstiegen. China entwickelte sich rasch zum großen Produzenten von Solaranlagen und Elektroautos. Ein harter Konkurrenzkampf im Bereich der Hochtechnologie zeichnete sich ab.

Es war kein Zufall, dass bei den Wahlen 2016 viele von denen, die keinen College-Abschluss hatten, für Donald Trump stimmten. Wenn die Präsidenten Bill Clinton und Barack Obama betonten, sie werden mehr in Bildung investieren, um künftig mehr jungen Leuten einen

beruflichen Aufstieg zu ermöglichen, so bedeutete das wenig Hilfe für jene, die bereits im Arbeitsprozess standen.

Außerdem wurde damit dem einzelnen Arbeiter die Schuld für seine schwierige Lage zugeschrieben, nicht dem System, der Globalisierung. Die politischen Eliten verlangten also zunächst, die Menschen sollten sich der globalen Entwicklung anpassen. Aber das war reine Theorie. Von 1979 bis2016 ist die Zahl der Arbeitsplätze in der US- Industrie von 19,5 Millionen auf 12 Millionen zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Spanne zwischen den Gehältern der Generaldirektoren in den größten Betrieben und den Durchschnittslöhnen drastisch erweitert; von einem Verhältnis von 1 zu 30 auf 1 zu 300. Die Opfer der Globalisierung in der Arbeitswelt erlitten aber nicht nur eine materielle Benachteiligung, sie verloren auch die Wertschätzung ihrer Umwelt, ihr Selbstwertgefühl (3). Es war dann Präsident Donald Trump, der im gewaltigen Handelsbilanzdefizit mit China die Hauptursache für diese Schwierigkeiten sah und daran ging, Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

2. Der Wirtschaftskrieg der USA gegen China

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas in den letzten Jahrzehnten war fulminant. Betrug das chinesische BIP 1980 lediglich 7 % des amerikanischen, so lag es 2015 bereits bei 61 %. China wurde die Werkstatt der Welt, durchaus im Zusammenwirken mit großen westlichen Konzernen. Heute arbeiten in China in der Industrie mehr Arbeiter als in allen Ländern der OECD zusammen. Mit der „Belt and Road Initiative“ hat China ein Projekt gestartet, das darauf abzielt, weite Teile der Welt durch den Ausbau von Häfen und der Infrastruktur näher an China heran zu bringen. Immerhin umfasst dieses Projekt 65 Länder auf drei Kontinenten, mit 70 % der Weltbevölkerung und mit 75 % der Energiereserven der Welt. Noch etwas: Damit sind viele Regierungen nicht mehr darauf angewiesen, zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank zu pilgern, den Institutionen des Westens, wenn sie Geld brauchen, es gibt eine Alternative.

Damit ist jener klassische Fall in den internationalen Beziehungen eingetreten, wo eine aufstrebende Macht versucht, der herrschenden Vormacht diese streitig zu machen. So wird dies jedenfalls von weiten Teilen der USA empfunden, wobei insbesondere das riesige, gegenüber China bestehende

Handelsbilanzdefizit für die eigenen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wird.

Somit ging Präsident Donald Trump, der ja mit dem Motto „America first“ angetreten war, daran, auf Importe aus China Zölle zu verhängen, was bald in einen richtigen Wirtschaftskrieg überging. So sehr Joe Biden im Wahlkampf 2020 diese Politik kritisierte, entwickelte er als Präsident sehr bald seine eigene China- Doktrin unter dem Motto „China ist unser Feind, ja eine Gefahr für die Zivilisation der ganzen Welt“ (4). Dies ist ein ganz entscheidender Bruch mit jener China-Politik, die Washington seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen unter Richard Nixon fast zwei Generationen vorher geführt hat. Damit war auch eine Komponente der Globalisierung, der damit verbundene Optimismus, schwer beeinträchtigt.

Dies insbesondere auch deshalb, weil Bidens China-Politik ein wesentlicher Teil seiner „Allianz der Demokratien“ ist, die ja gegen die Machthaber in Peking und Moskau gerichtet ist. Geht es dabei zunächst darum, China politisch zu isolieren, so wurden in **Washington auch entscheidende Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftliche Entwicklung Chinas aufzuhalten, etwa bei den Halbleitern, bei den Batterien für Elektroautos oder bei den „seltenen Erden“, bei Mikroprozessoren und Speicherchips**. Dabei geht es eben nicht nur darum, dass die USA durch eigene Anstrengungen mit der Entwicklung in China mithalten, vielmehr werden **Freund und Feind unter Androhung von Sanktionen gezwungen, die amerikanische Politik zu unterstützen**. Alliierte werden mit Nachdruck aufgefordert, Handelsbeziehungen mit China abzubrechen oder zumindest einzuschränken. Wenn es keine anderen Argumente gibt, werden dafür Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang gegen die Uiguren als Begründung angeführt. Letztlich geht es darum, Jobs in den USA zu sichern.

Somit ist die eigenartige Situation eingetreten, dass sich Peking für offene Handelsbeziehungen und die Einhaltung der WTO- Regeln ausspricht, während Washington eine protektionistische Schiene fährt. In diesem Sinne haben die USA bereits 2016 das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) verlassen, während sich China nun um eine Mitgliedschaft bemüht.

Präsident Biden wird in seiner Politik von Wissenschaft und Think-Tanks unterstützt. So argumentiert etwa Rush Doshi, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, in seinem Buch „The long Game: China´s Grand Strategy to displace American Order“, dass alles getan werden müsse, um China einzudämmen. War man also bisher bemüht, zusammen mit China, natürlich unter amerikanischer Führung, die Welt neu zu gestalten, so ist man nunmehr auf jene Strategie eingeschwenkt, die den Kalten Krieg geprägt hat, „containment“. Obwohl es keine Anzeichen dafür gibt, dass China der Welt sein politisches System aufzwingen will, wollen die USA den Einfluss Chinas eindämmen, wo immer es möglich ist; durch Sanktionen und dadurch, dass Geschäftsverbindungen mit Konzernen wie Huawei unterbunden werden. Gleichzeitig ist man bemüht, die eigene Wettbewerbsfähigkeit, auch durch protektionistische Maßnahmen, zu fördern, wie etwa durch den 2021 beschlossenen „United States Innovation and Competition Act“. Dieser sieht Subventionen für die Halbleiter-Forschung in der Höhe von $ 52 Milliarden vor und $ 29 Milliarden für die Forschung im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Eine Unzahl weiterer Programme sind darauf ausgerichtet, China die Stirn zu bieten.

Wird es dadurch möglich sein, den weiteren Aufstieg Chinas aufzuhalten? Kann man China davon abhalten, mehr für Forschung und Entwicklung, für das Militär auszugeben? Deshalb die Forderung von Rush Doshi, schon jetzt China im Südchinesischen Meer, in Taiwan und überall dort entgegenzutreten, wo Peking Ansprüche stellt. Im wirtschaftlichen Bereich bedeutet das Exportkontrollen überall dort, wo amerikanische Produkte den Aufstieg Chinas fördern könnten. Im politischen Bereich geht es darum, China in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen entgegenzutreten.

Selbst wenn der Warenaustausch zwischen den USA und China 2022 immer noch $ 690,6 Milliarden betrug ($ 153,8 Milliarden US Exporte; 536,75 Milliarden Dollar Importe), Jake Sullivan, der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Biden, hat sich schon früher dagegen ausgesprochen, „That more trade is always the answer“. Und die CIA hat im Jahresbericht 2023 festgelegt, „China ist die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten im Bereich der Hochtechnologie (5). Daran wird sich wohl in den nächsten Jahren kaum etwas ändern.

3. Die Covid-Pandemie und die Schwachstellen der Globalisierung

Die Ende 2019 ausgebrochene Covid-Pandemie hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass sich Staaten darauf konzentrierten, die gegebenen Schwierigkeiten im nationalen Rahmen lösen zu wollen. Schon im Jahre 2007 habe ich im Rahmen der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie eine Publikation mit dem Titel „Von der Welt der Staaten zum Weltstaat- und zurück“ geschrieben (6). So sehr es also im Wesen der Globalisierung lag und liegt, dass es zu einem „Backlash“ kommt, so hat die Pandemie in einem ganz entscheidenden Ausmaß dazu beigetragen. Zunächst gab es nationale Alleingänge, dann hat die Europäische Union ein Hilfspaket von $ 850 Milliarden beschlossen. Betriebe in Schwierigkeiten wurden genauso massiv unterstützt wie Künstler, die arbeitslos wurden, wobei sich Regierungen hoch verschuldeten. Wesentlich war aber auch etwas anderes: Um die Pandemie zu bekämpfen, brauchte man Masken, Impfstoff und medizinische Geräte. Plötzlich stellte man fest, dass im Rahmen der Globalisierung die Deindustrialisierung, auch in lebenswichtigen Bereichen wie bei Impfstoffen, sehr weit fortgeschritten war. Schwierigkeiten bei Lieferketten verstärkten das Bewusstsein, wie sehr gerade entwickelte Länder von China oder Indien abhängig waren (7).

Die Pandemie hat sich auch dahingehend ausgewirkt, dass sich der Welthandel verlangsamt hat. Gleichzeitig hat sich das Bewusstsein verstärkt, dass die internationale Interdependenz, die Abhängigkeit von China, zu weit gegangen ist. Darüber hinaus wurden die Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten weiter beeinträchtigt. Präsident Donald Trump sprach bewusst von einem „China-Virus“, um die Schuld der Chinesen für den Ursprung der Krankheit hervorzuheben. Peking wiederum wollte beweisen, dass das eigene politische System besser in der Lage ist, die mit der Pandemie verbundenen Herausforderungen zu meistern. Ein neuer Kalter Krieg nahm immer mehr Gestalt an. Jedenfalls wurde klar, dass auch in einer globalisierten Welt im Notfall nicht jene Solidarität vorhanden ist, die notwendig wäre, um einen Ausnahmezustand gemeinsam zu meistern.

Zwar hat der chinesische Präsident Xi Jinping den Weg einer „Masken- Diplomatie“ eingeschlagen und chinesischen Impfstoff nach Asien, Afrika und Lateinamerika geliefert, aber durch die Pandemie ist eine weltweite Wirtschaftskrise entstanden, die den

bereits gegebenen Wirtschaftskrieg verstärkt hat. Dass große Konzerne wie Amazon, Microsoft oder Google durch die im Zusammenhang mit der Pandemie getroffenen Maßnahmen wie Lock-down oder Home-office massive zusätzliche Gewinne gemacht haben, hat bei vielen Menschen das Misstrauen in die treibenden Kräfte der Globalisierung gestärkt (8). Gleichzeitig hat die Pandemie einen gewaltigen Schub im Bereich der medizinischen Forschung ausgelöst, was zu einem neuen Kräftemessen zwischen China und den Vereinigten Staaten geführt hat. Insgesamt kann man sagen, dass Covid 19 den Idealen einer globalen Welt entgegengewirkt hat.

4. Exportkontrollen und staatliche Subventionen auf der ganzen Welt

Nicht nur die Covid-Pandemie hat dazu beigetragen, dass Länder nunmehr größere Anstrengungen unternommen haben, ihre Wirtschaftspolitik nach nationalen Prioritäten auszurichten. Viele Regierungen haben beschlossen, den Übergang zu erneuerbaren Energien großzügig zu subventionieren. Große Summen wurden ausgegeben, um die Produktion, Forschung und Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie im eigenen Land zu fördern. Alleine die USA unterstützten „neue Energien“, Elektroautos und Halbleiter mit $ 465 Milliarden. Eine Unterstützung wird unter der Bedingung gewährt, dass die Produktion in Amerika stattfindet. Gleichzeitig wurden für sensible Produkte Exportverbote erlassen. Damit sollte, so Präsident Biden, die Vorherrschaft der USA im Bereich der Hochtechnologie sichergestellt werden. Führende Politiker in Amerika und in Europa versprachen, die Industrie im eigenen Land wieder aufzubauen.

Damit verbunden war natürlich die Gefahr einer „Spirale des Protektionismus“. Versprachen die einen direkte Hilfen, so lockten andere mit Steuerbegünstigungen. Indonesien hat die Ausfuhr von Nickel untersagt, andere Staaten gingen daran, die Produktion von Lithium in ihrem Land zu kontrollieren. Dabei spielten politische Überlegungen neben den wirtschaftlichen stets eine große Rolle. So fürchteten die USA, dass sie mit der Vorherrschaft Chinas im Bereich der Chip-Produktion auch bei der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz zurückfallen würden. Das wiederum könnte entscheidende Folgen für den militärischen Bereich der Zukunft haben.

Wenn die USA über Jahrzehnte an der Spitze von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik in der Welt standen, dann deshalb, weil

die eigenen Leistungen auf diesen Gebieten besser waren als die der anderen. Jetzt wurde aber eine andere Politik verfolgt: Konkurrenten, insbesondere China, sollten daran gehindert werden, Amerika zu überholen. In diesem Sinne wurden zunächst Gesetze verabschiedet, wie der CHIPS-Act, der die Halbleiter-Industrie mit $ 52 Milliarden unterstützt. So gab es auch den Inflation Reduction Act (IRA), der die eigene Umweltindustrie mit $ 400 Milliarden fördert, um die Abhängigkeit von China in diesem Bereich zu vermindern.

Die Vereinten Nationen haben festgestellt, dass über 100 Länder, die 90 % der Welt- Wirtschaftsproduktion verkörpern, dabei sind, die heimische Industrie zu Lasten ausländischer Konkurrenten zu unterstützen. Alleine die G7 Länder haben zwischen 2016 und 2020 ihre Wirtschaftssubventionen verdreifacht (9). Die Erzeugung von Halbleitern wird genauso gefördert wie jene von Batterien für Elektrofahrzeuge. Australien und Kanada geben Milliarden von Dollar aus, um den eigenen Bergbau zu unterstützen. In den USA dürfen nurmehr Elektroautos verkauft werden, die dort erzeugt worden sind. Das hat natürlich jene Stimmen in der Europäischen Union gestärkt, die in Europa ähnliche Maßnahmen verlangen.

Neben den Subventionen wurde auch die Kontrolle ausländischer Investitionen verstärkt eingesetzt, um die eigene Wirtschaft zu fördern. Die UNCTAD hat festgestellt, dass 2022 bereits 63 % aller ausländischen Investitionen einer Überprüfung unterzogen wurden, eine gewaltige Steigerung im Vergleich zu früheren Jahren. Vor allem die USA zögern nicht, ausländische Investitionen, die eine ungewünschte Konkurrenz zur eigenen Wirtschaft darstellen, als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ zu untersagen. Heute können 60 % aller an amerikanischen Börsen notierte Unternehmen darunterfallen. Dabei gibt es in Washington eine breite Übereinstimmung dahingehend, dass „amerikanisches Kapital“ nicht dazu dienen darf, die technologischen Fähigkeiten von Konkurrenten zu stärken.

Im Gegensatz zu den ersten Jahren der Globalisierungs-Welle haben sich also in den letzten zehn Jahren Subventionspolitik, Investitionskontrollen und Exportbeschränkungen in den entwickelten Volkswirtschaften durchgesetzt. Man sieht die Vorteile mehr in einer geschützten nationalen Wirtschaft und nicht mehr in einem freien Weltmarkt ohne Grenzen.

5. Wie haben sich die Kriege auf die Globalisierung ausgewirkt?

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hatten die USA die alleinige Vorherrschaft in der Welt. Sie beabsichtigten auch, diese zu behalten, insbesondere aufgrund ihrer militärischen Stärke. Eine **„Defense Policy Guidance“ aus dem Jahre 1992 legte fest, dass die militärische Führung der USA durch kein anderes Land in der Welt infrage gestellt werden darf. Der Einsatz des Militärs wurde ein integraler Teil der amerikanischen Außenpolitik, nach dem Motto „Foreign policy without the backing of the Military is like a baseball-game without a baseball-bat“. Ganz offen war man auch bestrebt, durch „humanitäre Interventionen“, „Regime-change“ oder „Nation-building“ überall in der Welt Amerika- freundliche Regierungen einzusetzen. Der „weltweite Krieg gegen den Terror“ bot dafür eine weitere Handhabe.**

Ohne das Ergebnis dieser Kriege in ihrer ganzen Breite zu analysieren, soll hier nur kurz die Frage angeschnitten werden, wie sich diese Kriege auf die Globalisierung, auf den politischen Zusammenhang in der Welt und letztlich auf die Vormachtstellung der USA ausgewirkt haben.

Am **24. März 1999 hat die NATO unter amerikanischer Führung begonnen, Serbien zu bombardieren**. Ziel der Angriffe war es, die Unabhängigkeit des Kosovo zu erreichen, einer Provinz Serbiens, die großteils von Albanern bewohnt wurde, für die Serben aber aufgrund ihrer Geschichte eine besondere Bedeutung hatte. Die Angriffe waren insofern erfolgreich, als die Führung in Belgrad akzeptieren musste, die serbischen Truppen aus dem Kosovo abzuziehen. Diese wurden durch NATO-Friedenstruppen ersetzt. **Äußerst negativ hat sich allerdings dieser, vom Westen geführte Krieg, auf die Beziehungen mit Russland ausgewirkt. In Moskau sah man, dass der Stärkere, auch gegen das Völkerrecht, seine Waffen einsetzen konnte, um politische Ziele zu erreichen. Und: der Sieger bestimmt die Regeln und kann, wenn er will, auch nationale Grenzen verändern.**

Der **Einmarsch der USA in Afghanistan im Jahre 2001** fand zunächst eine breite internationale Zustimmung, ging es doch darum, die für die Anschläge vom 11. September 2001 verantwortlichen Terroristen zu bestrafen. Der Krieg dauerte dann

aber 20 Jahre, wobei es offensichtlich nicht gelang, die gesetzten politischen Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen. Der überhastete Abzug der amerikanischen Truppen, der auch mit den Verbündeten nicht abgesprochen war, konnte in Peking und Moskau nur als Niederlage des Westens gesehen werden und somit als weiterer Schritt in Richtung einer multilateralen Weltordnung.

Auch der **erste Irakkrieg 1990/91** fand noch die Zustimmung zahlreicher Länder. Ging es doch darum, den „Aggressor Saddam Hussein“ zu bestrafen. Der Krieg wurde sogar als Muster eines gerechten Krieges im Rahmen der neuen Weltordnung präsentiert. Anders verhielt es sich, als die USA 2003 wieder in den Irak einmarschierten, offiziell, um Saddam Hussein seine Massenvernichtungswaffen wegzunehmen. Dieser Krieg wurde ein Desaster für die USA und die ganze Region. Die einmarschierenden amerikanischen Truppen wurden nicht, wie von Exil- Irakern vorhergesagt, als Befreier begrüßt. Das Land entwickelte sich nicht zu einer „blühenden Demokratie“, wie der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld glaubte, sondern verfiel im Chaos. Das war der Nährboden dafür, dass sich dort der „Islamische Staat“ entwickeln konnte. Und durch den Sturz von Saddam Hussein und seiner sunnitischen Oberschicht wurde der Iran gestärkt, wo schiitische religiöse Fanatiker ihr Regime errichtet hatten.

Nach dem „arabischen Frühling“ wurden in der Region neue geopolitische Weichen gestellt. Im Rahmen des Bürgerkriegs in Syrien konnte sich Russland als Schutzmacht der offiziellen Regierung profilieren, auf der selben Seite wie der Iran. Auch die Türkei verfolgte in Syrien machtpolitische Interessen. Durch die Unterstützung von Aserbaidschan im Krieg gegen Armenien konnte es aber auch später seine Waffensysteme und seine Macht demonstrieren. Nachdem in Ägypten 2011 die Muslimbrüder mit Mohammed Moisi die Wahlen gewonnen hatten, unterstützten die Saudis zwei Jahre später den Staatsstreich von General Al-Sissi, um einen „neuen Gottesstaat“ zu verhindern. In **Libyen ist es nach dem Sturz des langjährigen Diktators Mohammed Gaddafi mithilfe der NATO zu Chaos und oft undurchsichtigen Koalitionen in einem Bürgerkrieg gekommen.** So unterstützen Frankreich und Katar dort unterschiedliche Seiten, obwohl beide Länder in anderen Bereichen sehr gut kooperieren und gute Beziehungen unterhalten. Das Chaos in Libyen hat jedenfalls dazu geführt, dass die ganze Sahel-Zone mit Waffen überschwemmt

wurde, Terroristen in der Region an Stärke gewonnen haben und neue Migrationswellen entstanden sind.

Eine große Auswirkung auf die künftige politische und wirtschaftliche Konstellation in der Welt hat der Stellvertreterkrieg, der in der Ukraine ausgetragen wird. Schon 2022 erklärte Präsident Joe Biden, mithilfe der Ukraine werde man Russland in die Knie zwingen und in Moskau einen „Regime-change“ herbeiführen. Andere sprachen sogar davon, nach einem Sieg der Ukraine ganz Russland aufzuteilen. Jedenfalls agierte der Western aus einer Position der Stärke. Die **Erweiterung der NATO wurde bis an die russische Grenze vorangetrieben. Russische Sicherheitsbedenken wurden „nicht einmal ignoriert“, wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg stolz verkündete.** Gleichzeitig musste man aber auch feststellen, dass Russland den Krieg trotz massiver westlicher Sanktionen nur deshalb führen konnte, weil viele Teile des „Globalen Südens“ eigene Wege gingen, die wesentlich von den westlichen Vorstellungen abwichen.

Der **Krieg zwischen Israel und der Hamas, der im Oktober 2023** begann, bedeutet zweifellos eine weitere Eskalation der im Nahen Osten anhaltenden Spannungen. Die Reaktionen von Regierungen, Manifestationen und die Abstimmungen in internationalen Gremien zeigen, dass es Unterstützer und Gegner für beide Seiten gibt, nicht nur unter den Staaten, sondern auch innerhalb einzelner Länder. So haben einerseits Parteien, Gewerkschaften Religionsgemeinschaften und NGOs zu Solidaritätskundgebungen mit Israel aufgerufen. Andererseits gab es gleichzeitig pro-palästinensische Kundgebungen, die in jenen Ländern am stärksten waren, in denen es eine starke mUslemische Einwanderung gibt. Wenn die USA, mit gewissen Vorbehalten, Israel voll unterstützen, so kann man feststellen, dass der „Globale Süden“ Präferenzen für die Anliegen der Palästinenser zeigt. Jedenfalls wird auch dieser Krieg die politische Globalisierung der Welt mehr beeinträchtigen als fördern.

Offensichtlich ist die Welt nach all diesen Kriegen mehr gespalten als geeint. Die Kriege haben mehr Probleme geschaffen als gelöst. Stellt sich die Frage, warum es den USA mit ihren gewaltigen Streitkräften nicht besser gelungen ist, ihre Politik weltweit durchzusetzen. Dabei haben wir jene Generäle und Militärexperten vor Augen, die im Fernsehen und bei Talkshows immer wieder

prophezeit haben, der Erfolg wäre „just around the corner“. Wie kommt es dazu? Eine Erklärung könnte sein, dass diese Generäle nicht als Soldaten sprechen, sondern als „Politiker in Uniform“. Außerdem spielt eine Rolle, für welche Rüstungsfirmen sie als Konsulenten arbeiten. Jedenfalls wollen sie Stimmen gewinnen oder Stimmung machen. Immer wieder werden Experten auch Opfer ihrer eigenen Propaganda. Wurde gesagt, man muss die Terroristen am Hindukusch bekämpfen, damit sie nicht zu uns kommen, so hat man gerade durch den Krieg in Afghanistan neue Terroristen geschaffen. Die Frage ist auch, ob es sinnvoll ist, ganz Russland so zu dämonisieren, dass es als richtig erscheint, dem Land keine eigenen Sicherheitsinteressen einzuräumen.

Offensichtlich gibt es Grenzen dafür, was man mit dem Einsatz von Waffen und durch Krieg, erreichen kann. Die Höhe der Militärausgaben kann nicht der einzige Gradmesser dafür sein, wie Sicherheit hergestellt werden kann. Mao Tsetung hat gesagt, „politische Macht kommt aus den Gewehrläufen“. Dabei hat gerade China durch den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte weltweit an Macht und Einfluss gewonnen. D.h. wohl, dass in den internationalen Beziehungen Diplomatie, vertrauensbildende Maßnahmen und gegenseitige Unterstützung eine äußerst wichtige Rolle spielen. Die Neutralität war für Österreich eine sehr positive Grundlage für unsere Außenpolitik. Das hätte doch wohl auch für die Ukraine gelten können.

Dass Politik immer wieder von Wunschdenken getragen wird, sieht man am Beispiel der Sanktionen, die gerade während der letzten Jahre von den USA gegen Freund und Feind verhängt wurden. Im folgenden Kapitel sollen die Auswirkungen dieser Politik näher erläutert werden.

6. Sanktionen-Wer isoliert wen?

Sanktionen können sehr brutal sein. Als die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright gefragt wurde, wie sie dazu steht, dass die US- Sanktionen gegen den Irak den Tod von 500 000 Kindern verursacht haben, sagte sie trocken: „Das ist eben der Preis, den man bezahlen muss“. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire glaubte auch an die Wirkung von harten Sanktionen, als er im französischen Fernsehen erklärte: „Mit Wirtschaftssanktionen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat, werden wir Russland in die Knie zwingen“. Genau dieses Konzept hat die RAND CORPORATION, ein amerikanischer Think Tank,

schon 2019 in einer Studie empfohlen: Man müsse Russlands dazu bringen, in der Ukraine einzumarschieren. Dort würden dann seine Truppen verbluten. Massive Wirtschaftssanktionen, verbunden mit der erzwungenen Einstellung von NordStream1 und 2, verbunden mit Wirtschaftssanktionen, würden Russland zerstören. Eine erwünschte Nebenwirkung: Die Amerikaner könnten dann ihr Flüssiggas nach Europa verkaufen.

Von den Sanktionen, die die USA und die Europäische Union im März 2022 gegen Russland verhängt haben, erwartete man sich eine entscheidende Beeinträchtigung der militärischen Stärke Russlands. Außerdem sah man in den Sanktionen einen „Sieg des Multilateralismus“, weil Europa und die USA gemeinsam vorgingen (11). **Darüber hinaus verlangten die USA, dass die von Washington festgelegten Maßnahmen von allen Staaten der Welt befolgt werden**. In diesem Sinne wurde das Commerce Department beauftragt, deren weltweite Einhaltung sicherzustellen. Schon bald nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine konnte man lesen „US casting global net to cut off goods for Russia“ (12).

Schon im **Jahre 2010 lebte ein Drittel der Menschheit unter US-Sanktionen** (13), wie Nicholas Mulde in seinem Buch „Wirtschaft als Waffe“ schreibt. Darin wird auch dargestellt, wie Sanktionen funktionieren können und welche Auswirkungen sie haben: bereits 1935 wurde italienischen Konzernen durch die Bank of England die Möglichkeit genommen, ihre Importe zu finanzieren. Das Ergebnis war allerdings auch das Bündnis zwischen Rom und Berlin. Im August 1941 war Japan weitgehend vom Welthandel abgeschnitten, womit es 90 % seiner Ölversorgung und 70 % seiner Exporteinnahmen verloren hatte. Diese Sanktionen haben dann aber auch wesentlich dazu beigetragen, dass sich die japanischen Generäle entschlossen haben, Pearl Harbor anzugreifen.

Tatsächlich hatten die Russland-Sanktionen **gravierende wirtschaftliche Auswirkungen, allerdings auch im Westen**. Die günstigen Energieimporte aus Russland wurden abgeschnitten, die Preise für Öl und Gas stiegen dramatisch, eine Inflation war die Folge. Und es kam zu Schlagzeilen wie „Stockende Exporte belasten Deutschland“, wobei ausgeführt wurde, dass die deutschen Exporte 2023 nach Russland um 40 % und nach China um 8,7 % zurückgegangen waren.

Gleichzeitig gibt es Unmengen von Berichten darüber, wie Russland-Sanktionen umgangen werden. Da kann man lesen, wie Waren über die Vereinigten Arabischen Emirate ungehindert nach Russland gelangen (14) oder wie russisches Öl über „getarnte Schiffe“ exportiert wird (15). Dass Russland Produkte westlicher Firmen, die das Land verlassen, nachahmen wird, war anzunehmen. Außerdem haben die Einfuhren westlicher Waren aus Nachbarländern massiv zugenommen (16). So sind im Jahre 2022 die Exporte aus der Europäischen Union in die Türkei um 222 % gestiegen, jene nach Kirgistan um 345 % und die nach Armenien um 165 %.

Bei all den Schwierigkeiten, Auswirkungen von Sanktionen zu beurteilen, kann man wohl eines sagen: Der vom Westen gewünschte Erfolg ist nicht eingetreten. Zunächst wurde doch der Eindruck erweckt, durch harte Wirtschaftssanktionen könnte ein größerer Krieg verhindert werden. Nun hat aber die Schweizerische Bank UBS im Dezember 2023 festgestellt, „Russland ist im vergangenen Jahr trotz des Ukraine-Krieges reicher geworden- der Westen hingegen verlor Billionen von Dollar“ (17).

Waren also die Sanktionen gegen Russland umsonst? In einem Artikel dazu in der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird festgestellt, dass sich die Auswirkungen der Sanktionen auf den Alltag in Moskau in Grenzen halten (18). Aber die Auswirkungen auf das tägliche Leben in Russland sowie auf die Möglichkeiten, den Krieg überhaupt zu führen, ist die eine Seite. **Die andere Seite sind die geopolitischen Auswirkungen. Diese waren gewaltig. Russland wurde in die Arme Chinas geworfen, die BRICS-Staaten konnten ihr politisches Gewicht demonstrieren und Europa wurde massiv geschwächt.**

Da trotz des Krieges in der Ukraine von Entscheidungsträgern in Washington China immer noch als der Hauptfeind der USA bezeichnet wird, ist es kein Wunder, dass Moskau und Peking zusammenrücken. Gleichzeitig ist Präsident Biden von der langjährigen Taiwan-Politik der USA abgerückt, wonach die Insel, bei allen Besonderheiten, als integraler Teil Chinas angesehen wird. Die derzeitige Administration in Washington hat immer wieder Schritte gesetzt, die Peking als Provokation betrachtet. Die Vorrangigkeit Asiens für die amerikanische Außenpolitik kann jedenfalls auch so interpretiert werden, dass die Konfrontation mit

China im Vordergrund steht. Warum sollten dann Moskau und Peking nicht näher zusammenrücken?
Aller
Die neuen Bindungen zwischen China und Russland umfassen sowohl die offizielle Politik, aber auch den bilateralen Handel und Kontakte zwischen den Bürgern beider Länder. Chinas Präsident Xi Jinping und Präsident Wladimir Putin bezeichneten die Beziehungen beider Länder wiederholt als eine „strategische Entscheidung“, die auf „grundlegenden Interessen beider Völker“ beruht. Der Handel zwischen beiden Ländern hat in den ersten elf Monaten 2023 $ 200 Milliarden überschritten, chinesische Autohersteller haben Mercedes und BMW abgelöst, die sich zurückziehen mussten. Wenn russisches Erdöl und Erdgas nunmehr wegen der Sanktionen begünstigt an China verkauft werden müssen, ergibt sich daraus für die chinesische Wirtschaft ein weiterer Wettbewerbsvorteil.

Offensichtlich begünstigt durch die Berichterstattung in den staatlichen Medien hat Russland bei vielen Chinesen an Attraktivität gewonnen. Junge Leute, so die New York Times, pilgern in Scharen in die Grenzstadt Harbin, um dort in russischer Kleidung vor einer ehemaligen russischen Kathedrale zu posieren. China wurde jedenfalls ein großer Gewinner der gegen den großen Nachbarn verhängten Sanktionen (19).

Durch die politische und wirtschaftliche Ausgrenzung Russlands haben auch die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China;Südafrika) eine wichtige Rolle gefunden. Anlässlich des Gipfeltreffens im August 2023 in Johannesburg wurde diese Staatengruppe dahingehend stark kritisiert, dass sie zu inkohärent und orientierungslos wäre. Mag sein. Aber durch die politische und wirtschaftliche Unterstützung Russlands im Konflikt mit dem Westen haben die BRICS einen ganz entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass Moskau standhalten konnte. Dadurch haben sie auch entscheidend an Profil gewonnen und bewirkt, dass der „Globale Süden“ als neuer Faktor in den internationalen Beziehungen gesehen werden muss.

Die BRICS bilden keine klassische internationale Organisation, es gibt kein Präsidium oder ständiges Sekretariat. Jedes Jahr führt ein anderes Land den Vorsitz und organisiert das jährliche Gipfeltreffen. Beschlüsse werden einstimmig gefasst, das gilt auch für die Aufnahme neuer Mitglieder, zu denen Saudi-Arabien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Äthiopien und der Iran gehören.

Damit werden die BRICS im Energiesektor eine wirtschaftliche Macht darstellen und 54 % der weltweiten Erdölförderung kontrollieren (20). Auch die größten Vorkommen an „seltenen Erden“ befinden sich in Brasilien, Russland, China und Südafrika.

Aber nicht nur die Mitwirkung bei der Überwindung der westlichen Sanktionen gegen Russland zeigt, dass die BRICS eine äußerst wichtige Rolle in der neu entstehenden internationalen Ordnung spielen. So unterhält China enge Beziehungen mit Äthiopien, das ein wichtiges Glied der Neuen Seidenstraße in Afrika ist. Peking hat auch entscheidend daran mitgewirkt, den jahrelangen Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien beizulegen. Damit will sich China als Friedensstifter profilieren, im Gegensatz zu den USA, denen es vorwirft, über seine 800 Militärstützpunkte in der Welt seine Macht einsetzen zu wollen.

Ein klares Ziel der BRICS besteht darin, die Macht des US-Dollar zurückzudrängen. Da die amerikanische Währung immer wieder als Waffe eingesetzt wird, sind die BRICS bestrebt, ihren Handel in einer nationalen Währung durchzuführen. Das ist sicherlich kein leichtes Unterfangen. Den US-Dollar durch eine andere Währung zu ersetzen wurde einmal mit dem Versuch verglichen, Englisch als internationale Umgangssprache abzulösen. Selbst eingefleischten Nationalisten fällt es wohl leichter „Guten Morgen“ auf Englisch zu sagen, als auf Mandarin oder Hindu.

Immerhin haben die BRICS seit 2010 gewaltige Goldreserven angehäuft, wobei Russland, China und Südafrika zu den größten Goldproduzenten zählen. Der massive Einsatz der Dollar-Waffe bei den Russland-Sanktionen und der Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System hat wesentlich dazu beigetragen, dass Staaten Anstrengungen unternehmen, um bei den eigenen Handelsbeziehungen auf ihre nationale Währung umsteigen zu können. Bisher haben China, Russland, Brasilien, der Iran, ja selbst Australien und Japan in Handelsverträgen mit diesen Ländern festgelegt, ihren Warenaustausch in nationaler Währung durchzuführen.

Somit bleibt nicht nur die Frage, was mit Sanktionen erreicht wird, sondern auch, wer isoliert eigentlich wen? Gerade der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass durch einen Krieg neue Allianzen entstehen können. **Durch die Sanktionen des Westens konnte Russland weder wirtschaftlich noch politisch vom Rest der Welt**

abgeschnitten werden. Wenn die USA und die Europäische Union von sich immer wieder als „internationale Gemeinschaft“ sprechen, dann vertreten sie gerade 10 % der Weltbevölkerung. Die restlichen 90 % denken oft anders.

7. Was hat sich verändert, was nicht?

Bleibt die Frage, warum der Wunsch nach einer besseren Welt, von dem viele zu Beginn der neuen Globalisierungsphase gesprochen haben, nicht in Erfüllung gegangen ist? Wenn sich der Kapitalismus, zweifellos in verschiedenen Formen, weltweit durchaus durchgesetzt hat, so kann man das von Frieden und Demokratie bei weitem nicht behaupten. Hatte also Francis Fukuyama zumindest teilweise Recht, so ist es nicht zu der „einen Welt“ gekommen, an die Thomas L. Friedman gedacht hat. Er war aufgrund seiner Reisen nach Indien, China und in den Nahen Osten davon überzeugt, dass die **neuen Technologien, die sich über die ganze Welt ausgedehnt hatten, die Menschheit wie nie zuvor miteinander verbinden würden. Diese „eine Welt“ würde eine „Force for good“ für die Wirtschaft, für die Umwelt, ja für alle Menschen sein (21).**

Warum ist es nicht dazu gekommen? Ein Grund liegt wohl darin, dass eine Entwicklung, die Vorteile für den einen bringt, für andere mit Nachteilen verbunden sein kann. Eine Fabrik, die nach China ausgelagert wird, schafft Arbeitsplätze im „Reich der Mitte“, aber Arbeitslose in Europa und in den USA. Auch in einer „globalen Welt“ kann die wirtschaftliche Entwicklung sehr unterschiedlich verlaufen und neue Ungleichheiten schaffen, sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch zwischen ihnen.

Obwohl die USA auch in den letzten Jahren mit einem Anteil von über 20 % der Weltproduktion die stärkste Volkswirtschaft geblieben sind, konnten Länder wie China und Indien ihre Anteile wesentlich vergrößern. Das gesamte BIP der BRICS hat, nach neuen Berechnungen, mit einem Anteil von 33 % an der Weltproduktion jenen der G7 bereits überholt. Ähnlich dramatisch ist die Entwicklung der Weltbevölkerung. Betrug der Anteil Europas und Nordamerikas an der Weltbevölkerung 1950 noch 28,5 %, so wird dieser bis 2050 auf 11,8 % zurückgehen. Gleichzeitig steigt jener von Afrika von 9,1 % auf 25,5 %; während jener Asiens mit 55 % ziemlich gleich bleibt. Die Veränderungen der Wirtschaftskraft oder der Bevölkerungsstruktur können die Grundlage für Machtverschiebungen im politischen oder militärischen Bereich sein. Durch neue Allianzen ergeben sich neue Möglichkeiten, ein neues

Selbstbewusstsein kann dazu verleiten, vergangene Größe in einer neuen Zeit wieder finden zu wollen.

Entscheidend ist aber wohl auch folgendes: Trotz stark veränderter Rahmenbedingungen behalten Menschen ihre gewohnten Verhaltensweisen bei. Das gilt sowohl im Bereich der Gesellschaftspolitik, der politischen Systeme, als auch hinsichtlich der internationalen Beziehungen. In Ländern, die Jahrhunderte hindurch durch eine Stammesgesellschaft geprägt waren, wird es schwer sein, in kurzer Zeit das Modell einer Westminster-Demokratie zu verwirklichen. In Europa hatten wir eine Entwicklung, die vielleicht mit der Magna Charta im Jahre 1215 begann und sich über Aufklärung, Liberalismus und zahlreiche Revolutionen hinzog, bis wir zu einem System gefunden haben, das wir Demokratie nennen. Länder mit einer anderen Geschichte sind gewohnt, in anderen politischen Systemen zu leben, was „Democracy building“ äußerst schwer macht.

„Wandel durch Handel“ kann die materiellen Lebensbedingungen verändern, gleichzeitig aber persönliche Charaktereigenschaften unberührt lassen. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es bereits eine Periode einer starken wirtschaftlichen Verflechtung. Gleichzeitig waren aber viele der Überzeugung, ein Krieg wäre die Lösung der Probleme und haben dieser Überzeugung alle anderen untergeordnet. Damit konnten auch verstärkte Handelsbeziehungen den Frieden nicht retten. Obwohl die Kriege der letzten Jahrzehnte jeweils in einem Desaster geendet haben, **hat sich in letzter Zeit auch in Europa die Meinung durchgesetzt, man müsse das seit dem Zweiten Weltkrieg erfolgreiche Friedensprojekt aufgeben und neu aufrüsten.** Dabei sollte ein Faktor nicht übersehen werden, der den Ausgang der Kriege während der letzten Jahrzehnte wesentlich beeinflusst hat: In den säkularisierten Staaten des Westens ist die Haltung zum „Tod auf dem Feld der Ehre“ eine ganz andere als in jenen Ländern, wo die Religion, der Glaube an ein „besseres Jenseits“, noch eine Rolle spielt. Suchen die einen vor allem das „Glück auf Erden“, so sind die anderen viel eher bereit, für ihre Ideale zu sterben. **Das sollten auch jene bedenken, die glauben, die Lösung liegt bei immer größeren Waffenlieferungen an die Ukraine.**

Es ist Zeit, der Diplomatie wieder eine Chance zu geben. Dabei können jene Rahmenbedingungen, die die Globalisierung geschaffen hat, sehr wohl genützt werden.

ANMERKUNGEN

(1) Wendelin Ettmayer; Globalisierung von Wirtschaft-Politik-Recht; Favorita Papers 01/2016
(2) New York Times; June 30th 2016
(3) Michael J. Sandel; The Tyranny of Merit-What´s Become of the Common Good?; Penguin Bokks 2021
(4) The Economist July 17th 2021 Biden´s new China doctrine
(5) The CIA World Factbook 2023, Seite 12
(6) Wendelin Ettmayer; Von der Welt der Staaten zum Weltstaat- und zurück; Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 17/ 2007
(7) Ian Bremmer; The Power of Crisis-How three Threats and our Response will change the World; New York 2022
(8) Alexandre Del Valle/Jacques Soppelsa ; Vers un choc global ? La Mondialisation dangereuse ; Paris 2023
(9) The Economist, January 14th 2021
(10) Alexandre Del Valle u.a. Seite 147
(11) New York Times, March 18th 2022
(12) The Economist, Feb. 19th 2022
(13) Die Welt, 6. November 2023
(14) New York Times, Goods flow unhindered to Russia via brokers, May 12th, 2023
(15) Financial Times , 24. December 2023,Russian copycat start-ups rush to fill gaps left by exodus of western brands
(16) Alexandre Del Valle u.a.
(17) Business International 25. Juli 2023
(18) Neue Zürcher Zeitung, 12. Juli 2023, Waren die Sanktionen gegen Russland umsonst?
(19) New York Times, December28th 2023, How China cashes in on Russia´s Isolation
(20) Le Monde diplomatique Oktober 2023
(21) Thomas L. Frieman, The World is flat; Pinguin Books 2006

(*) Dr. Wendelin Ettmayer, ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland/Estland:
Kanada/Jamaika; beim Europarat; Abgeordneter zum Nationalrat; Autor;
www.wendelinettmayer.at